

## **Umweltausschuss diskutiert über Resolution zum Klimaabkommen**

**Brüssel, 30. September 09** - Der Kampf gegen den Klimawandel und die Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments waren am 30.9.2009 Thema im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments. Gerade im Umweltbereich liegen viele gesetzgeberische Kompetenzen bei der EU, mit dem Europäischen Parlament als Mitgesetzgeber. Es hat bereits im letzten Jahr zusammen mit dem Rat das sogenannte "Klima- und Energiepaket" erarbeitet, ein Bündel von Gesetzen, das die Basis für die Erreichung der EU-Klima- und Umweltziele bildet, z.B. die deutliche Reduzierung von Co2-Emissionen, die Entwicklung des europäischen Emissionshandelssystems (ETS) und die Förderung Erneuerbarer Energien.

Im Dezember 2009 steht die Verabschiedung des neuen internationalen Klimaabkommens in Kopenhagen an, des Nachfolgers des aktuellen Kyoto-Protokolls. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, sondern brauchen diese weltweite Verständigung zwischen allen Ländern, Industriestaaten, ebenso wie Entwicklungsländern, ohne die es nicht gelingen wird, die Folgen des Klimawandels abzumildern und zu bekämpfen. Wir brauchen eine weltweite, feste Verpflichtung auf konkrete Ziele bei der Reduzierung des Co2-Ausstoßes, auf einen Finanzierungsmechanismus, der es auch armen Ländern ermöglicht, den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen und für das Erreichen des sogenannten 2°C-Ziels, d.h. einer Erderwärmung bis maximal 2°C über dem vorindustriellen Niveau. Die Vorbereitungen für dieses Abkommen laufen auf vollen Touren.

Da das Europäische Parlament dem neuen internationalen Klimaabkommen als Mitgesetzgeber ebenfalls seine Zustimmung geben sollen, setzen wir uns dafür ein, dass es ein ambitioniertes Abkommen wird, das der Umwelt eine echte Chance auf's Überleben und ärmeren Ländern ausreichende Hilfe bei der Finanzierung der schon jetzt spürbaren Effekte der Klimaänderungen bietet. Der Umweltausschuss wird am 19.10. über eine Resolution abstimmen, die den Standpunkt des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen bilden wird.